

**Stadtverordnetenversammlung
Brandenburg an der Havel**

(Eingangsstempel)

**Fraktion DIE LINKE
SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Beschlussantrag

zur Behandlung in öffentlicher Sitzung nichtöffentlicher Sitzung

Beschlussgegenstand: ICAN-Städteappell anschließen und diesen unterzeichnen

Beratungsfolge:

<input type="checkbox"/>	Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport	<input type="checkbox"/>	Ausschuss für Rechnungsprüfung und Vergaben
<input type="checkbox"/>	Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit, und Senioren	<input type="checkbox"/>	Jugendhilfeausschuss
<input type="checkbox"/>	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und kommunale Zusammenarbeit	<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Petitionen		
<input type="checkbox"/>	Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr		
<input checked="" type="checkbox"/>	16.03.2020 Hauptausschuss		
<input checked="" type="checkbox"/>	25.03.2020 Stadtverordnetenversammlung		

Beschlussvorschlag:


Die Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel beschließt, dass sich die Stadt dem nachstehenden ICAN-Städteappell anschließt und diesen unterzeichnet:

„Die Stadt Brandenburg an der Havel ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben.

Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und langanhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Heike Jacobs 
Andreas Kutsche


Britta Kornmesser


Hoffmann

Begründung:

Ein neues Bündnis von Städten weltweit stärkt die Stimmen der Menschen überall und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäften zu unterlassen. Gebündelt werden diese Kräfte in der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons), einem internationalen Bündnis von Nichtregierungsorganisationen, das sich für die Abschaffung aller Atomwaffen durch einen bindenden völkerrechtlichen Vertrag – eine Atomwaffenkonvention einsetzt. Für dieses Engagement wurde ICAN im Jahr 2017 der Friedensnobelpreis zugesprochen.

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung insbesondere für Städte dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung in Kauf und sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger und Bürgerinnen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Städte tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sie sich gegen Atomwaffen aussprechen. Das Engagement von Städten ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet.

Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hierin Deutschland lebenden Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Die Bundesregierung ignoriert diese Sicht bisher.